Schweiz

Neue Strategie beim E-Government

[16.12.2015] Mit dem Programm E-Government Schweiz 2008 - 2015 haben die Eidgenossen das Angebot an elektronischen Behördenleistungen ausgebaut. Ab 2016 sollen nationale Basisinfrastrukturen für E-Government geschaffen werden.

Der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz hat das gleichnamige Programm in seiner bisherigen Form abgeschlossen. Wie die Schweizerische Bundeskanzlei mitteilt, sollen ab dem Jahr 2016 Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam E-Government-Angebote im Rahmen eines Schwerpunktplans vorantreiben. Während der Programmperiode von 2008 bis 2015 konnten Leistungen für die Bevölkerung wie der virtuelle Polizeiposten oder das Online-Fundbüro umgesetzt werden. Auch die Wirtschaft profitiert mittlerweile von verschiedenen Angeboten, beispielsweise der automatischen Lohndatenübermittlung. Mit der Registerharmonisierung und dem Aufbau einer Plattform für den sicheren Datenaustausch erhielten die Schweizer Behörden zudem Grundlagen für den elektronischen Geschäftsverkehr. Einen Überblick über alle 59 priorisierten Vorhaben bietet die Abschlusspublikation E-Government Schweiz 2008 bis 2015. Mit den Arbeiten der vergangenen Jahre haben Bund, Kantone und Gemeinden laut der Pressemitteilung ihr Ziel erreicht, den elektronischen Kanal im Geschäftsverkehr mit den Behörden zu etablieren. Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsitzende des Steuerungsausschusses: „Gerade was die Nutzung von elektronischen Behördenleistungen angeht, können Bund, Kantone und Gemeinden eine positive Entwicklung verzeichnen. Die Zufriedenheit von Bevölkerung und Wirtschaft mit dem Schweizer E-Government-Angebot ist heute sogar überdurchschnittlich hoch. Damit hat das erste Programm die angestrebte Wirkung erzielt.“ Ab 2016 soll der Fokus laut der Schweizerischen Bundeskanzlei auf nationalen Basisinfrastrukturen für E-Government, wie die Etablierung einer elektronischen Identität, liegen.

(an)

Stichwörter: Politik, Schweiz, International, Politik